



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 29.05.2018

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 22.03.2018, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Kathrin Balke	Jugendzentrum anyway
Herr Björn Blank	SC Janus e.V.
Frau Dr. Beate Blatz	Rubicon e.V.
Herr Helge David Gilberg	LSVD Ortsverband Köln e.V.
Herr Jens Pielhau	KLuST e.V.
Frau Sophie Sängler	TX Köln
Herr Jochen Saurenbach	Rheinfetisch e.V.
Herr Michael Schuhmacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Alf Bernd Spröde	Völklinger Krei e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Herr Stephan Claasen	HomoKlüngel e.V.
Frau Leonora Friese	TX Köln
Herr Jürgen Piger	Jugendzentrum anyway e.V.

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Christoph Klausning	CDU
Herr Bürgermeister Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE

Frau Maria Katharina Westphal

auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dirk Bachhausen

St. Sebastianus und Afra Schützenbrüderschaft v. 2012 e.V.

Verwaltung

Frau Ursula Adams

Wohnungsamt

Dr. Anne Bunte

Gesundheitsamt (53)

Frau Ute Dreiocker

OB - 5 Internationale Angelegenheiten

Herr Stephan Jacobs

E-Government und Online-Dienste (1300-2)

Frau Nina Rehberg

Verwaltung - Diversity (5001)

Fabian Stangier

Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Frau Martina Werner

Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Gäste

Frau Yvonne Renne

Organisation Lesbenfrühlingstreffen Köln 2019

Frau Katharina Röpke

Organisation Lesbenfrühlingstreffen Köln 2019

Frau Christiane Vahlhaus

Gleichstellungsbeauftragte der Kliniken der Stadt Köln gGmbH

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stephan Borggreve

SC Janus e.V.

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Herr Harald Hennicken

Rheinfetisch e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Steffen

DIE LINKE

Schritfführerin

Frau Susanne Bonnemann

Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Verwaltung

Frau Monika Blättermann

Dezernat III

Herr Christian Rahmfeld

Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Mitteilung aus aktuellem Anlass

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

2.1 Niederschrift der Sitzung vom 28-11-2017

2.2 Genehmigung der aktualisierten Tagesordnung

3 Sachstand zur Verwaltungsreform

3.1 Bericht zur Verwaltungsreform

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen 0714/2018

4.1.1 Antrag zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

5 Trans*

5.1 Trans* im Krankenhaus
hier: mündlicher Sachstandsbericht zum Fachgespräch vom 22.01.2018

6 LSBTI Geflüchtete

6.1 Aktueller Stand zur Unterbringungssituation
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

7.1 Lesbenfrühlingstreffen 2019. Bericht der Organisatorinnen und Anfrage an die Stadt Köln
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7.2 Richtlinie für die Benennung von Straßen

8 Diversity

8.1 Implementierung von Diversitymanagement im Rahmen der Verwaltungsreform
hier: mündlicher Sachstandsbericht

8.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity
0149/2018

8.3 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept
0841/2018

9 Sachstandsberichte und Mitteilungen

- 9.1 Wirtschaftsstudie
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 9.2 Arbeitsgruppe "Polizei"
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 9.3 Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschusses Soziales und Senioren vom 01.03.2018
hier: Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln–auch für Väter
AN/0177/2018
- 9.4 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 9.5 Mitteilung 0198-2018
hier: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln

10 Berichte aus Ausschüssen

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

- 11.1 Benennung sachkundiger Einwohner

12 Anfragen/Anträge

- 12.1 Integrationsbudget 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht
- 12.2 Aktionsplan LSBTI
hier: mündlicher Sachstandsbericht - Terminplan
- 12.3 Via Culturalis - Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Zentrums für schwule Geschichte
- 12.4 Antrag auf Mittelbereitstellung für das Filmfestival „Homochrom“

13 Öffentlichkeitsarbeit

14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

- 14.1 Beteiligung an der Haushaltsplanung - mündliche Anfrage -

I. Öffentlicher Teil

A Mitteilung aus aktuellem Anlass

Frau Rehberg beginnt die Sitzung mit einer Schweigeminute zum Gedanken an Frau Marielle Franco, Stadträtin und Menschenrechtsaktivistin aus Kölns Partnerstadt Rio de Janeiro, die am 14.03.2018 zusammen mit ihrem Fahrer bei einem Attentat ermordet wurde.

Frau Brauckmann bedankt sich im Rahmen aller stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG für diese direkte Geste, für das Gedenken, das Kondolenzschreiben der Oberbürgermeisterin und die Schweigeminute, die der Rat der Stadt Köln in seiner Sitzung am 20.03.2018 eingelegt hat. Dieses Attentat sei ein direkter Anschlag gegen die Demokratie. Mit dieser Geste würde auch die LSBTI-Community gestärkt.

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Rehberg begrüßt die Anwesenden und entschuldigt Herr Dr. Rau, der zeitgleich eine Sitzung des Deutschen Städtetages in Berlin leiten muss. Herr Rahmfeld sei weiterhin erkrankt und Frau Bonnemann sei heute ebenfalls krankheitsbedingt zu entschuldigen.

Herr Gilberg weist daraufhin, dass er darüber enttäuscht sei, dass die Vertretungsregelung der Dezernenten nicht eingehalten wird. Er bittet dies im Protokoll zu vermerken.

Frau Rehberg begrüßt als Gäste.

- Frau Vahlhaus, die als Gleichstellungsbeauftragte der Kliniken der Stadt Köln gGmbH gleich zu TOP 5.1 „Trans* im Krankenhaus“ sprechen wird.
- Frau Renne und Frau Röpke, die zu TOP 7.1 „Lesbenfrühlingstreffen 2019“ sprechen werden und
- Herrn Dr. Heinz, der als Gast zu TOP 3.1 „Bericht zur Verwaltungsreform“ eingeladen ist.

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

Frau Rehberg begrüßt Herrn Jürgen Piger und verpflichtet ihn als neues stellvertretendes Mitglied der StadtAG LST. Er nehme von nun an für das Jugendzentrum anyway an den Sitzungen der StadtAG LST teil.

Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Frau Rehberg bedankt sich für das ehrenamtliche Engagement.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

2.1 Niederschrift der Sitzung vom 28-11-2017

Frau Rehberg bittet um Entschuldigung, dass die Niederschrift zur vergangenen Sitzung vom 28.11.2017 noch nicht erstellt ist. Die Niederschrift werde bis zur nächsten Sitzung vorgelegt.

2.2 Genehmigung der aktualisierten Tagesordnung

Beschluss:

Die vorliegende Tagesordnung wird mit folgenden Ergänzungen durch die StadtAG LST beschlossen:

6 LSBTI Geflüchtete

6.1 Aktueller Stand zur Unterbringungssituation
hier: mündlicher Sachstandsbericht

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

7.1 Lesbenfrühlingstreffen 2019. Bericht der Organisatorinnen und Anfrage an die Stadt Köln

hier: mündlicher Sachstandsbericht

7.2 Richtlinie für die Benennung von Straßen

8 Diversity

8.3 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept
0841/2018

9 Sachstandsberichte und Mitteilungen

9.5 Mitteilung 0198-2018
hier: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln

12 Anfragen/Anträge

12.1 Integrationsbudget 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht

- 12.2 Aktionsplan LSBTI
hier: mündlicher Sachstandsbericht - Terminplan
- 12.3 Via Culturalis - Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Zentrums für schwule Geschichte
- 12.4 Antrag auf Mittelbereitstellung für das Filmfestival „Homochrome“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Sachstand zur Verwaltungsreform

3.1 Bericht zur Verwaltungsreform

Herr Dr. Heinz spricht zunächst persönliche Grüße von Frau Oberbürgermeisterin Reker aus. Frau Oberbürgermeisterin Reker bedanke sich für das Schreiben, welches sie im Dezember von der StadtAG erhalten habe. Ihr sei sehr bewusst, dass ihr persönliches Engagement für die Community als Sozialdezernentin deutlich sichtbar gewesen sei. Sie möchte betonen, dass sich weder ihre Haltung, ihre Verbundenheit noch ihr Engagement verändert oder in irgendeiner Form nachgelassen habe. Frau Reker erinnere auch an ihr Versprechen, bzw. sie erneuere ihr Versprechen, dass es noch 2018 Veränderungen in der Verwaltungsstruktur geben werde. Die Themen Vielfalt und Integration würden zusätzliche Schlagkraft gewinnen und die Mitglieder der StadtAG LST könnten noch besser Einfluss darauf nehmen.

Herr Dr. Heinz gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über den Stand der Verwaltungsreform.

Auf ein Wortprotokoll wird hier verzichtet. Die Präsentation wird dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Aus dem Vortrag von Herr Dr. Heinz ergeben sich für die Mitglieder der StadtAG LST noch folgende Fragen:

Herr Sauerbach fragt nach, ob aufgrund der ständig geänderten Wegführung ins Rathaus eine deutlichere Beschilderung möglich sei.

Herr Schuhmacher bedankt sich für den Vortrag bei Herrn Dr. Heinz und merkt an, dass die Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung auch Auswirkungen auf die freie Trägerlandschaft haben werden. Diese Schnittstelle werde in der Verwaltungsreform bisher nicht deutlich. Die freien Träger kämen in der Darstellung nicht vor. In einzelnen Bereichen sei die Stadt Köln Anbieter, so dass es zu einer Konkurrenzsituation mit den freien Trägern kommen könne. Dies könne zu Irritationen führen. Folgende Fragen würden sich ihm stellen: Was bedeute es für eine Reform, die erstmal die Verwaltung betrifft, aber auch Auswirkungen auf das Versorgungssystem der Stadt habe? Wie komme es zustande, dass freie Träger, die teilweise Aufgaben der Stadtverwaltung übernommen haben, auch in Konkurrenz mit der Stadtverwaltung stehen? Plötzlich erhielten die freien Träger Arbeitsaufträge der Verwaltung, entweder weil es nicht geregelt sei oder unbedingt gemacht werden müsse. Hierbei sei auch die Personalsituation ein großes Thema. Die Träger müssen sich fragen, ob dies noch zu ihren Aufgaben gehöre. Wie könne der angespannten Personalsituation entgegengewirkt werden?

Frau Dr. Blatz sieht ebenfalls die Gefahr, dass die Außenwirkungen der Verwaltungsreform auf die freien Träger nicht ausreichend Berücksichtigung fänden. Sie bemängelt z.B. für den Aktionsplan LSBTI die fehlende Verzahnung mit der Fachverwaltung zu den einzelnen Themenfeldern.

Herr Spröde bestätigt das Gesagte und ergänzt, dass es sich bei Diversity um eine Querschnittsaufgabe handele. Querschnitt könne man nicht dezentral leiten, führen und strukturieren. Wenn stimmberechtigte Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Aspekte von Diversity nahe bringen, dann sei das ein Beratungsaspekt. Was die Stadtarbeitsgemeinschaft gerade erarbeite sei eine Querschnittsaufgabe und diese brauche Kapazitäten und Ressourcen. Wenn Diversity als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werde und Diversity-Management sei eine Querschnittsaufgabe, dann müsse dies so auch in die Strukturen eingebunden werden. Querschnittsaufgaben seien Aufgaben der Oberbürgermeisterin. Als Ehrenamtler erwarte er eine direkte Kommunikation mit einer kurzen Bearbeitungszeit. Das letzte Schreiben der StadtAG an die Oberbürgermeisterin sei noch nicht von der Oberbürgermeisterin beantwortet worden. Dies sei keine direkte Kommunikation und auch keine Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt. Dies demotiviere. Er frage sich außerdem, ob Diversity als Querschnittsaufgabe in der Verwaltungsreform ausreichend berücksichtigt werde. Das Gleiche gelte für Personalbedarfe. Werde eine ausreichende Personaldecke geschaffen?

Frau Tokyürek bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und bittet um die Beantwortung folgender Fragen: Enthalten die Führungsleitlinien die Diversity-Aspekte? Wird Diversity im Bereich der interkulturellen Öffnung jetzt implementiert? Ist der Bereich interkulturelle Öffnung eine Bestandteil? Gibt es bereits Schulungen für Führungskräfte?

Herr Dr. Heinz beantwortet die Fragen der StadtAG LST wie folgt: Er werde die Anregung zur Situation am Rathaus gerne weitergeben. Zum Thema Führungsleitlinien nimmt Herr Dr. Heinz wie folgt Stellung: Man dürfe Führungsleitlinien nicht als bloße Moral oder Wunsch nach Verhaltensänderung verstehen. Es gehe schlichtweg um Pflichten. Wer Führungskraft oder Mitarbeiter*in der Verwaltung sei, müsse bestimmte Normen, die die Stadtverwaltung für wichtig erachte, realisieren. Das Thema Diversity gehöre nach seinem Verständnis dazu. Entsprechende Qualifizierungen seien dann ebenso unverzichtbar. Es müsse eine sichtbare Umsetzung erfolgen.

Herr Dr. Heinz bestätigt, dass die Reformprojektgruppen bislang intern agieren. Er halte diesen Weg für richtig. Solange der interne Prozess und Perspektivwechsel nicht in einem Mindestmaß fortgeschritten sei, könne die Verwaltung sich faktisch nicht qualifiziert nach außen öffnen. In Kürze werde es einen Workshop mit Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern von Kundengruppen geben. Ziel sei ein bewusster Perspektivenwechsel. Wie sehe der Prozess aus Sicht der Verwaltung aus? Wie sehe er aus Sicht der Kundengruppe aus? Dann werde eine Steuerungsperspektive dazu kommen. Dies beziehe sich zunächst nur auf die Schnittstelle Kundenbeziehung. Ziel sei, dass Projektgruppen nicht nur intern agieren, sondern, dass es zukünftig eine Selbstverständlichkeit sein werde, Partner in die Kooperationsprozesse und in die Prozessgestaltung mit einzubeziehen.

Herr Spröde hinterfragt, wie Ehrenamtliche für Diversity arbeiten sollen, wenn Diversity nicht im Führungsverständnis verankert sei und Führungskräfte möglicherweise nur aus Intuition heraus sozial handeln. Das Kompetenzmodell der KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) biete bereits Fortbildungen an. Hier werden Diversity-Kompetenzen und soziale Kompetenzen in acht Einheiten vermittelt. Wenn Leitlinien durch die Arbeitgeberin vorgegeben würden, seien sie abrufbar und verpflichtend.

Herr Dr. Heinz bestätigt, dass Qualifizierungsbedarf bestehe. Es gehöre zu einem ehrlichen Umgang miteinander, dass er hier deutlich mache, dass diese Qualifizierungswelle nicht in zwei Jahren abgeschlossen sein werde. Als Arbeitgeberin müsse die Stadt zukünftig eine gute Qualifizierung garantieren.

Herr Spröde merkt an, dass hier der Landschaftsverband Rheinland als Arbeitgeber sehr fortschrittlich sei. Führungskräftebildungen seien dort sehr gut.

Frau Rehberg bestätigt, dass das Thema Diversity Management noch nicht so implementiert sei, wie es sein sollte - weder bei den Führungskräften noch in den Leitlinien. Allerdings gebe es bereits Schulungen. Diese reichen jedoch nicht aus, aber es passiere etwas. Es würden Schulungen für Mitarbeitende und Mitarbeiterinnen angeboten und zwei Mal im Jahr Schulungen für Führungskräfte, die gut angenommen würden. Aktuell gebe es positive Veränderungen in der Personalentwicklung. Es habe bereits ein Workshop gegeben, in dem überlegt worden sei, welche Themen in welcher Form und welche Formate in die Personalentwicklung integriert werden könnten. Derzeit werde beispielsweise mit dem Personalamt zusammen überlegt, ob über „Gamification“ neue Fortbildungsangeboten geschaffen werden könnten. Es gelte zu überlegen, Aspekte von Diversity in dieser Form zu vermitteln. Auch im Bereich Interkulturelles gebe es bereits Schulungen - allerdings nicht speziell für Führungskräfte. Zudem soll das Thema Diversity Management als Querschnittsthema in der Personalentwicklung Einzug halten. Dazu habe es bereits erste Gespräche mit dem Personalamt gegeben.

Frau Rehberg äußert sich zu der Anmerkung von Frau Dr. Blatz bezüglich des Aktionsplans. Hier gehe es um Verzahnung, also darum einzelne Bausteine einzelne Maßnahmen in die Reform zu integrieren. Unabhängig davon sei es sehr wichtig den Aktionsplan weiterhin im Querschnitt zu implementieren.

4 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage des RM Herr Richter im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 11.12.2017 zu unterschiedlichen Regelungen in Vertretungen 0714/2018

4.1.1 Antrag zur Gewährung von Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld

Frau Tokyürek berichtet zum aktuellen Sachstand über das Thema Aufwandsentschädigung aus dem Integrationsrat. Der Integrationsrat habe einen Prüfantrag gestellt. Die Beantwortung liege vor. Sie unterstütze das Anliegen und empfehle, sich mit den anderen Gremien zusammen zu schließen und gemeinsam zu kämpfen.

Herr Schuhmacher erläutert, dass die StadtAG LST eine Beratungsfunktion erfülle, die von der Politik und Stadt gewünscht werde. Er möchte nicht kämpfen, sondern glaube, dass es selbstverständlich sei, dass es eine vergleichbare Lösung geben müsse. Dies sei eine Frage der Wertschätzung.

Herr Spröde unterstreicht die Aussage von Herrn Schuhmacher und gibt die Angelegenheit als Auftrag in die Politik. Hier solle die Politik eine einstimmige Entscheidung treffen.

RM Herr Breite betont, dass er die Arbeit der Ehrenamtler sehr schätze. Die Diskussion zur Aufwandsentschädigung bzw. zum Sitzungsgeld sei durch den Integrationsrat angestoßen worden. Die Aufwandsentschädigungen für bestimmte Gremien seien

durch Erlasse oder rechtliche Grundlagen geregelt. Bisher wären aber für die Stadtarbeitsgemeinschaften noch keine rechtliche Grundlage geschaffen worden. Er gehe davon aus, dass die Fraktionen beraten und zu einer Lösung kommen werden. Dies werde auf Grundlage der Gemeindeordnung durch Erlasse erfolgen.

Herr Klausing ist der Auffassung, dass das Thema tiefergehend zu besprechen sei. Es gehe nicht um einen inhaltlichen Kampf. Vielmehr gehe es um die Frage, wie die Stadt Köln mit einem Ehrenamt umgehe, welches der Stadtgesellschaft und der Stadtpolitik diene. Was seien die Rahmenbedingungen? Was sei die Wertschätzung gegenüber einem Ehrenamt? Die Vergleichbarkeit der Gremien habe etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Es gehe vermutlich weniger ums Geld, sondern um Gerechtigkeit. Wenn ein Ehrenamtler sich ungerecht behandelt fühle, habe er vermutlich auch keine Lust mehr, sich ehrenamtlich zu engagieren. Er möchte sich nicht festlegen, aber er werde sich für Fairness einsetzen. Er sei der Auffassung, dass nicht überall wo ein Ehrenamt ausgeübt werde, zwingend Geld fließen müsse, Es gehe immer um Wertschätzung und gute Rahmenbedingungen für das Ehrenamt.

BM Frau Scho-Antwerpes weist daraufhin, dass in dem Beitrag von Herrn Dr. Heintz sehr deutlich geworden wäre, wie wertvoll die Mitglieder der StadtAG für die Stadt Köln und somit für das Gemeinwesen seien. Ohne ehrenamtliches Engagement sähe die Gesellschaft sehr viel anders aus. Sie befürworte die Einstellung, nicht mit Kampfesgeist an die Sache ran zu gehen. Alle Anwesenden müssten ihre Energie für das tagtägliche Tun nutzen. Und die Ehrenamtler kämpften bereits für diejenigen, die sie in der StadtAG vertreten. All das spräche dafür, dass es eine entsprechende Wertschätzung geben müsse. So habe sie auch Herrn Klausing verstanden: es gehe nicht um einen Betrag X, sondern um die Wertschätzung und die drücke sich in diesem Falle auch monetär aus.

Herr Schuhmacher bedankt sich für die Rückmeldung. Genau das sei der StadtAG wichtig. Es gebe aber noch etwas, was manchmal mehr helfen würde als das Sitzungsgeld: wenn die Verwaltung die Beratungsbeschlüsse auch umsetzen würde. Er arbeite bei der Aidshilfe und nehme die Sitzungen während seiner Arbeitszeit wahr. Diese Zeit fehle ihm dann bei seiner hauptamtlichen Tätigkeit

Frau Rehberg erläutert abschließend noch die Anlage. Der Integrationsrat laufe unter §27 der Gemeindeordnung, die anderen Stadtarbeitsgemeinschaften unter §27a. Dort seien die Stadtarbeitsgemeinschaften gleichgestellt. Wobei die Seniorenvertretung eine andere Aufwandsentschädigung bekomme und sie zudem - anders als der Integrationsrat oder die Stadtarbeitsgemeinschaften - ein höheres Budget zur Verfügung gestellt bekomme. Die Seniorenpolitik so auszustatten sei eine städtische Entscheidung gewesen. Es liege nun ein Antrag der StadtAG LST vor. In der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sei derselbe Antrag gestellt und beschlossen worden. Die gemeinsame Abstimmung der Anträge im Vorfeld sei ein Vorteil, den die Dienststelle Diversity mit ihrer Struktur mit sich bringe. Die Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik habe zusätzlich noch ein eigenes Budget beschlossen. Mit diesem eigenen Budget sollen Veranstaltungen durchgeführt werden. Der Integrationsrat, habe früher ein Budget von 10.000 Euro gehabt Das Budget sei in den letzten Jahren geschmolzen - mittlerweile auf 6.900 Euro. Das habe damit zu tun, dass die Stadt Köln 2015 lineare Kürzungen vorgenommen habe. Die Haushaltsansätze seien damals um 10,45% linear gekürzt worden. Die Seniorenvertretung habe weiterhin ein Budget von 15.000 Euro, wohingegen die beiden Stadtarbeitsgemeinschaften kein Budget hätten – als Hinweis mit Blick auf die Gleichstellung der Gremien.

Frau Rehberg bittet den Beschluss, über den sie abstimmen lasse, nochmal zu formulieren.

Herr Spröde stellt den Antrag, den vorliegenden Antrag zu modifizieren und bittet in den Antragstext ein Budget in Höhe von 10.000 € mit aufzunehmen.

Beschlussempfehlung: Der StadtAG LST soll ein Budget in Höhe von 10.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft LST fasst folgenden **geänderten** Beschluss:

Die Stadtarbeitsgemeinschaft LST beschließt dem Ausschuss Soziales und Senioren und dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales zu empfehlen wie folgt zu beschließen:

- Die Vertreter*innen der StadtAG LST sollen für die Teilnahmen an den Sitzungen der StadtAG LST Sitzungsgeld gemäß § 45 Abs. 5 GO, § 2 Nr. 1 EntschVO i.V.m. § 25 Abs. 3 Hauptsatzung in Höhe von zurzeit 41,70 Euro erhalten.
- Die Vertreter*innen der Stadtarbeitsgemeinschaft LST sollen eine monatliche Aufwandsentschädigung analog der Regelung für die Mitglieder der Seniorenvertretung in den Bezirksarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik erhalten.
- **Der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender soll ein Budget in Höhe von 10.000€ jährlich zur Verfügung gestellt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Trans*

5.1 Trans* im Krankenhaus

hier: mündlicher Sachstandsbericht zum Fachgespräch vom 22.01.2018

Frau Sänger berichtet, dass am 21.02.2018 ein Termin in den Kliniken Holweide stattgefunden habe. Die Veranstaltung zum Thema Trans* im Krankenhaus, sei aus Sicht von Frau Sänger sehr erfolgreich gewesen. Sie gehe davon aus, dass dies ein erster richtungsweisender Schritt in die Zukunft gewesen sei. Die Unsicherheiten und Ängste auf Seiten des Pflegepersonals aber auch der Betroffenen selber seien thematisiert worden, genauso wie die Frage, wie der Umgang in Kliniken und Altenpflegeeinrichtungen mit Trans*-Personen sei. Neben Frau Scho-Antwerpes, Herrn Dr. Rau, und einigen Professoren der Kliniken hätten auch einige Pflegedienstleiter, z.B. die Pflegedienstleiterin der Uni-Klinik teilgenommen. Sie gehe davon aus, dass die Teilnehmer als Multiplikatoren das Thema weitertragen. Die Niederschrift des Termins werde zur Verfügung gestellt, daher werde an dieser Stelle auf weitere Einzelheiten verzichtet.

Frau Vahlhaus ergänzt, dass sie die Veranstaltung ebenfalls sehr spannend gefunden habe. Sie berichtet von der Offenheit der Geschäftsführung und des Klinischen Direktors. Sowohl aus ärztlicher Sicht als auch aus Sicht des Pflegepersonals bestehe eine Bereitschaft und Offenheit das Thema anzugehen. Sie habe zu diesem Thema Informationsmaterial einer Beratungsstelle angefordert, welches sie bereits weitergegeben habe. Es sei sicherlich noch viel zu tun, jedoch gehe sie davon aus, dass der erste Schritt sehr erfolgreich gewesen sei.

BM Frau Scho-Antwerpes berichtet von der Jahresversammlung homosexueller Angehöriger der Bundeswehr, bei der die Situation von Trans*-Personen auch thematisiert worden sei. Auch hier ändere sich die Kultur. Sie gehe davon aus, dass sich die

Akzeptanz in der Bevölkerung verändere. und irgendwann zur Normalität führen werde. Sie berichtet von den schwierigen Anfängen. Die eigentliche Arbeit habe Sophie Sänger geleistet, der sie an dieser Stelle noch einmal ihre ausdrückliche Wertschätzung entgegen bringe. Ihr sei es sehr wichtig dies hier in diesem Gremium auszusprechen. Es sei sehr mutig, was Frau Sänger hier tue. Sie mache es gut. Und sie mache es so, dass die Leute nicht nur beeindruckt seien, sondern, dass sie zuhören und dass sie lernen. Sie danke Frau Sänger herzlich. Frau Scho-Antwerpes regt an, auch andere Krankenhäuser bzw. allen Krankenhäusern dieses Thema näher zu bringen und bittet Herr Stangier dies

6 LSBTI Geflüchtete

6.1 Aktueller Stand zur Unterbringungssituation hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Adams berichtet, dass die Warteliste der Geflüchteten abgearbeitet sei und alle derzeitigen Bedarfe gedeckt seien.

Frau Wolf berichtet, dass immer wieder geflüchtete Menschen mit LSBTI Hintergrund aus dem Raster fallen würden und nach dem Erhalt eines Aufenthaltsstatutes keine Möglichkeit mehr auf Vermittlung in ein geschütztes Wohnumfeld hätten. Teilweise beträfe dies auch Menschen mit LSBTI Hintergrund, die sich erst nach Klärung ihres geflüchteten Statutes outen, oder die zunächst über die reguläre Wohnungsvermittlung eine Wohnung erhalten haben. Die Zuständigkeiten lägen teilweise bei 50 (Amt für Soziales und Senioren), im JobCenter oder bei 56 (Wohnungsamt). Die Betroffenen hätten das Gefühl, allein gelassen zu werden und keine verantwortlichen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung zu haben.

Frau Adams kann die Problematik der Zuständigkeiten je nach Aufenthaltsstatus und Einkommenssituation nachvollziehen und bietet hier zunächst ein verwaltungsinternes Gespräch mit den betroffenen Dienststellen/Amtsleitern an um eine verwaltungsinterne Vorgehensweise abstimmen zu können. Es sei richtig und notwendig, dass auch die Menschen einen geschützten Wohnraum erhalten, die sich erst nach Klärung ihres Aufenthaltsstatutes outen bzw. bei denen es nicht um die Vermittlung eines Erstwohnraums gehe.

Frau Wolf und Herr Spröde bitten darum, dass die StadtAG bzw. die betroffenen freien Träger an diesen Gesprächen beteiligt werden.

Frau Adams sagt zu, dass dies erfolgen werde, jedoch zunächst eine verwaltungsinterne Vorgehensweise abgesprochen werden müsse. Sobald es eine interne Vorgehensweise gebe, würden die entsprechenden Träger bzw. die Mitglieder der Stadt AG LST an den Gesprächen beteiligt werden.

7 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

7.1 Lesbenfrühlingstreffen 2019. Bericht der Organisatorinnen und Anfrage an die Stadt Köln hier: mündlicher Sachstandsbericht

Frau Rehberg begrüßt die Organisatorinnen des Lesbenfrühlingstreffen 2019 Frau Renne und Frau Katharina Röpke.

Frau Renne berichtet, dass sie zu einem 10-köpfigen Organisationsteam gehöre, welches für 2019 das Lesbenfrühlingstreffen (LFT) in Köln organisiere. Das Lesbenfrüh-

lingstreffen finde seit 44 Jahren in unterschiedlichen Städten statt. Es komme nach 1999 und 2009 nun das dritte Mal nach Köln. Das LFT sei das größte nicht-kommerzielle Treffen von lesbischen Frauen in Deutschland. Bei dieser mehrtägigen Veranstaltung würden unterschiedliche lesbische Lebensweisen und politische Ansichten gerne auch kontrovers diskutiert. Das Fest strebt eine starke Sichtbarkeit von lesbischen Frauen bundesweit an. Am Samstag des Wochenendes finde daher immer eine große Demonstration in der jeweiligen austragenden Stadt statt. Es gebe Workshops, Plenumsversammlungen und ganz unterschiedliche kulturelle Veranstaltungen. Die ehrenamtlich arbeitende Gruppe möchte das LFT hier in Köln ausrichten. Es sei bereits einen gemeinnützigen Trägerverein gegründet worden. Ziel hier in Köln sei es, möglichst viele Gruppen und Definitionen lesbischer und „queerer“ Frauen einzubinden. Deshalb werde bei der Abkürzung LFT diesmal auch ein Sternchen hinter dem Buchstaben L eingefügt. Das Sternchen stehe erstmals für all die unterschiedlichen Gruppen, die zur Diskussion eingeladen werden.

Frau Röpke berichtet ergänzend, welche Unterstützung sich das Organisationsteam von Seiten der Stadt Köln wünsche. Als Veranstaltungsort werde die Gesamtschule Holweide favorisiert. Hier hätten bereits erste Gespräche mit Unterstützung von Frau Rehberg stattgefunden. Auf die Aufstellung der einzelnen Punkte werde hier verzichtet, da diese im Anschluss an die Sitzung in schriftlicher Form an die Dienststelle Diversity geleitet werden.

Frau Rehberg informiert, dass es bereits konkrete Kontakte bezüglich des Veranstaltungsortes gab. Ein Gesprächstermin mit unterschiedlichen Beteiligten werde am 10. April stattfinden. An diesem Termin würden dann alle Beteiligten an einem Tisch sitzen und klären, welche Vorgaben und Kriterien bei einer möglichen Vermietung der Schule an das Lesbenfrühlingstreffen eingehalten werden müssten. Sie möchte und könne an dieser Stelle das Signal geben, dass alle Beteiligten daran interessiert seien, eine gemeinsame Lösung zu finden. Gleichzeitig müsse sie betonen, dass sie keinerlei Zusagen zum jetzigen Zeitpunkt machen könne.

Frau Brauckmann bedankt sich für die Vorstellung. Dies passe sehr gut zum ständigen Tagesordnungspunkt Sichtbarkeit der Lesben in Köln und sei somit hier verankert. Im kommenden Jahr jähre sich „Stonewall“ zum 50. Mal und somit die Emanzipationsbewegung von Lesben, Schwulen und Trans*-Menschen. Hier ließen sich sicher auch Brücken bauen, zwischen dem Lesbenfrühlingstreffen 2019 und dem CSD und all denen, die das feiern.

Frau Rehberg stellt fest, dass unter den Mitgliedern der StadtAG Einigkeit bestehe, der Stadt Köln zu empfehlen wird, das Lesbenfrühlingstreffen weit möglichst zu unterstützen.

Frau Sänger bedankt sich für die Vorstellung. Sie bittet um Konkretisierung der Einbindungspolitik. Sie würde gerne wissen wie mit Trans*-Männern und Trans*-Frauen umgegangen werde. Hier habe es in der Vergangenheit schon mal Probleme gegeben.

Frau Röpke antwortet, dass es selbstverständlich keine Körperkontrollen geben werde. Es habe viele Auseinandersetzungen im Team zu diesem Thema gegeben. Für viele Frauen der älteren Generation, sogenannte „Bewegungslesben“ sei es total wichtig, dass das Treffen ein Frauenraum bleibt - also ein geschützter Raum. Im Team sei die Entscheidung getroffen worden, Trans*-Lesben einzuladen und Trans*-Männer nicht einzuladen. Der Fokus sei, dass es ein Frauenraum bleibe. Das sei die Politik.

Herr Schuhmacher stellt in den Raum, dass auf die Besprechung des sogenannten Anforderungskataloges in der nächsten Sitzung verzichtet werden könne. Es bestehe

große Einigkeit, dass die StadtAG LST das Lesbenfrühlingstreffen unterstützen möchte. Er bedanke sich dafür und hoffe, dass die Stadt Köln das auf allen Ebenen tun werde. Das Votum der StadtAG LST solle sein, dass die Stadt Köln das Lesbenfrühlingstreffen 2019 nach Kräften unterstützen möge. Er habe keinen Zweifel an der Unterstützung durch die Stadt Köln. Sollte es dennoch Probleme geben, bitte er die Veranstalterinnen darum, sich nochmals zu melden.

Frau Scho-Antwerpes freut sich über das große Engagement und bitte, dass man ihr die einzelnen Punkte zur KVB zukommen lasse. Sie sichert zu, sich den Themen KVB Tickets sowie Werbelauftexte an den Haltestellen und des Aufstellen von Bannern anzunehmen.

Beschluss:

Die Stadt AG LST fasst folgenden Beschluss:

Die Stadt AG LST empfiehlt, dass die Stadt Köln, die Organisatorinnen des Lesbenfrühlingstreffen 2019 soweit wie möglich unterstützt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7.2 Richtlinie für die Benennung von Straßen

Frau Rehberg schlägt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit vor, folgende Tagesordnungspunkte in die nächste Sitzung zu schieben:

- 7.2 Richtlinie für die Benennung von Straßen
- 8 Diversity – mit allen Unterpunkten
- 9.2 Arbeitsgruppe „Polizei“
- 9.3 Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschusses Soziales und Senioren vom 01.03.2018 hier: Wickeltisch auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln – auch für Väter AN 0177/2018
- 12.1 Integrationsbudget 2018
- 12.2 Aktionsplan LSBTI
- 12.3 Via Culturalis – Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Zentrums für schwule Geschichte

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Diversity

- 8.1 Implementierung von Diversitymanagement im Rahmen der Verwaltungsreform**
hier: mündlicher Sachstandsbericht

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.2 Kampagne für Vielfalt und Wertschätzung, gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity
0149/2018**

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.3 Veröffentlichung der Broschüre 2020: Köln liebt Vielfalt Diversity Konzept
0841/2018**

Frau Rehberg verweist zu TOP 8.3 lediglich auf die Broschüre, die ausgelegt wurde.

Beschluss:

Die StadtAG beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Sachstandsberichte und Mitteilungen

**9.1 Wirtschaftsstudie
hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Herr Spröde bittet darum, trotz Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, der Stadtverwaltung an dieser Stelle eine mündliche Anfrage stellen zu dürfen. Im Vorgriff auf die Veröffentlichung der Wirtschaftlichkeitsstudie, bittet er um die Beantwortung folgender Fragen:

Wieviel Geld zahlt die Stadt Köln zur Unterstützung an den Karneval?

Wieviel Geld wendet die Stadt Köln für den Rosenmontagszug auf?

Wieviel Geld wendet die Stadt Köln für den CSD auf?

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.2 Arbeitsgruppe "Polizei"
hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.3 Auszug aus dem Beschlussprotokoll des Ausschusses Soziales und Senioren vom 01.03.2018
hier: Wickeltische auf Toiletten in städtischen Gebäuden in Köln–auch für Väter
AN/0177/2018**

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**9.4 Städtepartnerschaftlicher Austausch zum CSD 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Frau Brauckmann berichtet, dass die Vorbereitungen im Zeitplan liegen. Generell sollen verschiedene Kriterien bei der Wahl der einzuladenden Gäste berücksichtigt werden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit sei ein wichtiges Kriterium, aber auch das Prinzip „der Augenhöhe“. Auch Köln könne viel von anderen Städten lernen. Köln solle nicht als Stadt dargestellt werden, die bereits alles kann und weiß. Es gehe um einen Austausch auf Augenhöhe mit anderen Städten und deren Erfahrungen. Es sei geplant, teilweise auch Aktivistinnen einzuladen, die bereits im letzten Jahr beteiligt waren. Wichtig sei ebenso, dass Aktivistinnen aus Ländern mit einem „Demokratie-Notstand“ berücksichtigt werden, wie zum Beispiel aus den Partnerstädten Istanbul, Kattowitz und Cluj-Napoca. Aus aktuellem Anlass bezüglich der Ermordung der brasilianischen Stadträtin Marielle Franco und deren Begleiter, sei zu überlegen, ob auch Aktivistinnen aus Kölns Partnerstadt Rio de Janeiro einzuladen sind. Weiter Einzelheiten seien noch zu besprechen.

Frau Dreiocker berichtet, dass ein Budget von 9.300 Euro zur Verfügung stehe und die Hotels bereits gebucht seien. Bei der derzeitigen Detailplanung des Austauschprogramms werde auf die Erfahrungen aus dem letzten Jahr zurückgegriffen und auf die Kompetenzen des Planungsteams.

**9.5 Mitteilung 0198-2018
hier: Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln**

Herr Schuhmacher erwähnt den Konrad-Adenauer-Erlass. Der Handlungsleitfaden zum Umgang mit sexistischer und sexualisierter Werbung in Köln sei jedoch ohne die Beteiligung von Diversity erstellt worden. Darüber hinaus seien die Diversity Gremien nicht in die Beratungsfolge einbezogen gewesen. Er fragt, ob es möglich sei jemanden von I/1 (Amt für die Gleichstellung von Frauen und Männern) einzuladen. Aus seiner Sicht bedeute der Handlungsleitfaden in der jetzigen Form, dass beispielsweise die Stadt Köln Plakate der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zum Schutz vor AIDS und HIV, die alle auch sexualisiert dargestellt würden, nicht mehr aufhängen könne.

Frau Brauckmann informiert, dass der Handlungsleitfaden im Sozialausschuss sehr gelobt wurde. Der Leitfaden gründe sich auf einem Leitfaden aus Österreich. Es seien LGBT-Themen betroffen und sie hätte sich entsprechend eine Beteiligung von Diversity gewünscht.

Herr Spröde gesteht, dass die Vorlage im AVR Ausschuss behandelt wurde aber er dies nicht unter Diversity Aspekten betrachtet habe, er hätte sonst etwas dazu gesagt.

FrauTokyürek erklärt, dass sie ebenfalls im AVR sei und finde, dass Diversity hätte beteiligt werden sollen. Man müsse jedoch auch Zugutehalten, das es überhaupt diesen Handlungsleitfaden gebe. Die Frage, ob es sexistische Werbung gebe und was man dagegen machen könne, sei wichtig. Deshalb begrüße sie es sehr, dass das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern diesen Leitfaden erstellt habe. Sie würde allerdings vorschlagen, dass bei einer Fortschreibung des Leitfadens eine breitere Beteiligung von unterschiedlichen Fachexpertisen eingeholt würde.

Herr Schuhmacher bestätigt die Aussage von Frau Tokyürek teilweise. Ohne Beteiligung aller Betroffenen sei ein Handlungsleitfaden aber nicht zielführend. Die Fortschreibung müsse bald erfolgen, da im Handlungsleitfaden Dinge stehen, die so nicht praktikierbar seien. Man müsse sich jetzt damit auseinandersetzen. Denn seiner Befürchtung nach würden ansonsten alle, die diese städtischen Flächen nutzen wollen, keine Chance haben, das inhaltlich zu diskutieren. Eine Beteiligung von Diversity sei wichtig. Jetzt habe die Stadt Köln einen Handlungsleitfaden, der aus seiner Sicht so nicht umsetzbar sei.

Frau Brauckmann berichtet, dass Sie in ihrer täglichen Arbeit sehr stark in das Thema involviert sei. Sexismus im öffentlichen Raum sei ein großes Thema. Es ist ein Thema, das Frauen total auf die Nerven gehe. Insofern sei der Leitfaden wohl auch mit unterschiedlichen Augen gelesen worden. Sie finde ihn zum Teil sehr gut. Daran merke man auch, dass in verschiedenen Kreisen der LSBTI-Community ein unterschiedlicher Diskussionsbedarf sei. Es sei auch wichtig, einen solchen Prozess auszutarieren.

Frau Rehberg ergänzt, dass hier zwei Punkte sehr wichtig seien. Die Beteiligung von Gremien zu verschiedenen Themen. Es handele sich hier um ein klassisches Querschnittsthema. Diversity werde aber oft im Querschnitt nicht gesehen, da liege in der Regel keine böse Absicht dahinter. Der zweite Punkt sei, dass die Geschäftsstelle der StadtAG LST, wenn sie denn besser aufgestellt sei, versuchen werde, die StadtAG LST über weitere Vorlagen noch stärker bemerkbar zu machen. Dies sei wichtig, um darzustellen wie viele Vorlagen es in dieser Verwaltung gebe, die eigentlich fachlich von den unterschiedlichsten Gremien mit bearbeitet werden müssten. Somit könnten viele Dinge im Vorfeld gut miteinander abgestimmt werden und nicht im Nachgang für Aufregung sorgen.

10 Berichte aus Ausschüssen

11 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

11.1 Benennung sachkundiger Einwohner

12 Anfragen/Anträge

**12.1 Integrationsbudget 2018
hier: mündlicher Sachstandsbericht**

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.2 Aktionsplan LSBTI
hier: mündlicher Sachstandsbericht - Terminplan**

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.3 Via Culturalis - Beteiligung des Frauengeschichtsvereins und des Zentrums für schwule Geschichte

Frau Dr. Blatz berichtet, dass es zur Via Culturalis einen Arbeitskreis gebe, der sich bereits getroffen habe. Die Mitglieder der StadtAG LST plädierten sehr dafür, dass der Kölner Frauengeschichtsverein und das Zentrum für schwule Geschichte an den Planungen beteiligt werden.

Frau Rehberg sichert zu, diese Bitte weiterzuleiten.

Beschluss:

Die StadtAG LST beschließt den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.4 Antrag auf Mittelbereitstellung für das Filmfestival „Homochrom“

Herr Gilberg zieht den Antrag zurück.

13 Öffentlichkeitsarbeit

14 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

14.1 Beteiligung an der Haushaltsplanung - mündliche Anfrage -

Herr Spröde bitte im Rahmen einer mündlichen Anfrage an die Politik um eine Beteiligung der StadtAG bei der Aufstellung des Haushaltsplans. Er richtet seine mündliche Anfrage direkt an die Vertreter der Politik und bittet in der nächsten oder übernächsten Sitzung um ein Gespräch mit den haushaltspolitischen Sprechern bzw. mit den Fraktionsgeschäftsführern.

Frau Rehberg weist darauf hin, dass es zur übernächsten Sitzung ggfs. zu spät sein könnte. Sie schlägt ein Fachgespräch vor und erwähnt, dass es aus dem Bereich der StadtAG Behindertenpolitik ebenfalls die Anfrage zu einem Gespräch mit den sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen gegeben hat. Hierzu sei sie bereits mit Herrn Dr. Rau im Kontakt. Sie empfiehlt ein gesonderter Termin nach der nächsten Sitzung im Juni. Vielleicht könne man beide Gesprächsanfragen auch kombinieren.

Gez. Beigeordneter Dr. Harald Rau
(Vorsitzender)

gez. Susanne Bonnemann
Schriftführerin